unter der Voraussetzung der Gleichheit der erheblichen tatfächlichen Berhältnisse verlangt, so erscheint der einzige Beschwerdegrund des Rekurrenten als ohne weiteres hinfällig.

Der Nekurs ist baher abzuweisen, und es kann bei dieser Sachlage nicht nur die streitige materielle Frage nach der richtigen Auslegung des § 10 leg. cit., sondern auch diesenige, ob der Regierungsrat zu seiner Auflage betreffend überweisung von Strasuntersuchungen an den Rekurrenten gemäß der rechtlichen Stellung des aargauischen Staatsanwaltes in dieser Hinsicht kompetent war, dahingestellt bleiben. Die Kompetenz des Regierungsrates zum Erlaß der angesochtenen Disziplinarmaßregeln ist vom Rekurrenten aus verfassungsmäßigen Gründen nicht angesochten und wäre übrigens auch zweisellos zu bejahen (f. Art. 6 und 20der StrPD, § 14 der Novelle dazu von 1863, § 13 des Reglementes sür die Staatsanwälte u. s. w.).

> Demnach hat bas Bundesgericht erkannt:

Der Refurs wird abgewiesen.

44. Urteil vom 22. April 1904 in Sachen Konsumverein Chur gegen Kleinen Rat Granbünden.

Steuerpflicht eines Konsumvereins: Ist der am Ende des Jahres unter die Mitglieder zu verteilende Skonto zu versteuern?

Das Bundesgericht hat,

da sich ergibt:

A. Mit Urieil vom 27. Juni 1901 * wies das Bundesgericht eine Beschwerde des Refurenten, des Konsumvereins Chur, gegen den Kleinen Kat des Kantons Graubünden ab. Die damals streitige Frage war die, ob der Grundsatz der Rechtsgleichheit dadurch verletzt sei, daß der Refurrent verpflichtet wird, einen sogenannten Stonto von $5\,^{0}/_{0}$, den er neben einer sogenannten Kückvergütung von $5\,^{0}/_{0}$ der Warenbezüge an seine Mitglieder ausbezahlt, der Stadt Chur gegenüber versteuern müsse. In der

Begründung bes bundesgerichtlichen Urteils wird ausgeführt, es ergebe sich aus ben Tatsachen mit aller wünschbaren Rlarheit, daß es sich beim sogenannten Stonto um nichts anderes handle als ebenfalls um eine Rückvergütung, welch' lettere ber Rekurrent ja zu versteuern bereit sei. "Denn dieser sogenannte Stonto er= "folgt aus bem Jahresgewinn, und sein Betrag richtet sich nach "diesem; er wird erst festgestellt nach der Keftstellung des Sahres-"ergebnisses. Es verhält sich mit andern Worten fo, daß ber Re-"kurrent seinen Mitgliedern, anstatt 5 %, 10 % Ruchvergütung "gewährt. Diefer sogenannte Stonto, ber in Tat und Wahrheit "nichts anderes ift als eine Ruckvergutung, ift nun aber seinem "Wefen nach etwas anderes, als ber Stonto, ben Einzelfaufleute "ihren Kunden gewähren. Zwar ist der Umstand nicht ausschlag-"gebend, ob der Stonto beim jedesmaligen Bezug (durch Preis= "berabsetzung) ober am Enbe eines Geschäftstermins durch Bar-"zahlung erfolgt. Dagegen kommt es darauf an, daß beim wirk-"lichen Stonto ein bestimmter Abzug bem Runden versprochen "wird, und daß diefer einen Anspruch auf biefen Abzug hat, "während bei dem in Frage stehenden fogenannten Stonto bes "Refurrenten die Ansehung besselben nicht schon zum voraus "bestimmt ist und nur eine Erwartung, nicht aber ein Anspruch "auf den Stonto besteht. In ber Besteuerung biefest fogenannten "Stontos, ber in Wirklichkeit eine Ruckvergutung ift, liegt baber "eine ungleiche Behandlung bes Rekurrenten im Rechtsfinne nicht, "fodaß der Refurs abgewiesen werden muß."

Bei der Steuereinschatzung für das Jahr 1903 weigerte sich der Refurrent, einen als Stonto bezeichneten Betrag von 20,549 Fr. 45 Cts. an die Stadt Chur zu versteuern, indem er geltend machte, er habe sich nunmehr dem im bundesgerichtlichen Urteil ausgesprochenen Grundsabe angepaßt und allen Abnehmern, Witzgliedern oder Nichtmitgliedern, die Auszahlung eines Skontos von 5% der Warenbezüge von vornherein versprochen. Es handle sich also bei der streitigen Summe jeht um einen wirklichen Skonto, auf den der Kunde einen sesten Anspruch habe und der daher dem nicht steuerpflichtigen Skonto des Einzelkausmanns völlig gleichstehe und dem nämlichen Zweck dienen solle: die Erzielung vermehrten Versaufs, Begünstigung der Barzahlung, versmehrten, erleichterten und billigen Geldumsab.

^{*} Amtl. Samml. XXVII, 1, Nr. 24, S. 151 ff.

Der Kleine Rat bes Kantons Graubünden als Rekursbehörde entschied am 27. November 1903, daß der Rekurrent den streitigen Betrag versteuern müsse, indem er seststellte, daß der Rekurrent seit 1901 an Nichtmitglieder keine Waren mehr verkause und in rechtlicher Beziehung sich auf den Standpunkt stellte, daß es sich auch bei dieser neuen Form des sogenannten Stontos lediglich um eine Kückvergütung, daher eine Verteilung des Gewinnes an die Mitglieder handle. Jene zurückbezahlten 5% seine daher ebenfalls ein Bestandteil des Jahresgewinnes, den der Rekurrent als Erwerbsgesellschaft gemäß allgemeinen Grundsägen und nach positivem kantonalem Steuerrecht als Erwerb versteuern müsse.

B. Gegen diesen Entscheid hat der Konsumverein Chur recht= zeitig ben staatsrechtlichen Returs ans Bundesgericht ergriffen, mit dem Antrag, es sei der Entscheid aufzuheben und zu erklären, baß ber Refurent der Stadt Chur pro 1903 nur 23,286 Fr. 21 Cts. und nicht 43,835 Fr. 66 Cts. Erwerb zu verfteuern habe und dag die auf Warenbezugen an die Mitglieder am Ende bes Geschäftsjahres zur Verabfolgung gelangenden 5 % Stonto nicht steuerpflichtig seien. In der Begründung wird ausgeführt: Seit bem bundesgerichtlichen Urteil vom Jahre 1901 habe sich ber Sachverhalt wefentlich geandert und zwar im Sinne einer Haupterwägung des Bundesgerichts, indem nunmehr den Mitgliebern 5 % Stonto von vornherein bestimmt versprochen seien. Dadurch sei — was des längern auseinandergesett wird — dieser Stonto seinem Wefen vollständig bemjenigen, ben ein Ginzeltauf= mann gewähre, gleichgeworden, und habe in Bezug auf diefen Skonto das Mitglied die Stellung eines Runden wie beim Einzel-Kaufmann; eine verschiedene steuerrechtliche Behandlung involviere daher eine Berletung ber Rechtsgleichheit.

C. Der Kleine Rat des Kantons Graubunden hat auf Abweisung des Rekurses angetragen; —

in Erwägung:

Das Bundesgericht hat bereits im frühern Urteil die Frage, ob die Besteuerung desjenigen Betrages als Erwerb, den der Rekurrent als sogenannten Skonto an seine Mitglieder am Ende des Geschäftsjahres auszahlt, eine Berletzung der Nechtsgleichheit enthalte, verneint. Die Verhältnisse, die dem neuen Rekurs zu Grunde liegen, sind unbestrittenermaßen die nämlichen wie früher,

bis auf einen Punkt: der Stonto von 5 % ift nunmehr den Mitgliedern von vornherein zugefichert. Der Rekurrent beruft fich jedoch für die ausschlaggebende Bedeutung dieser Anderung mit Unrecht auf ein Motiv des frühern Urteils, wonach es darauf ankomme, daß beim wirklichen Stonto ein bezüglicher Abzug bem Runden versprochen wird, mahrend beim Refurrenten die Mit= glieber nur eine Erwartung, aber keinen festen Anspruch auf den Stonto haben. Denn einmal war dieses Motiv nicht das einzige und schlechthin entscheidende und sodann trifft es, richtig verstanden. auch jett noch zu. Wenn auch nach beffen Formulierung die privatrechtliche Seite ber Frage etwas zu ftark betont erscheint, fo wollte doch zweifellos, wie der Zusammenhang zeigt, wesentlich auf den wirtschaftlichen Unterschied zwischen dem vom Ginzelkauf= mann dem Runden zugesicherten Abzug und dem vom Rekurrenten ben Mitgliedern gewährten Stonto abgeftellt werden. Diefer wirtschaftliche Unterschied ist aber nach wie vor in gleicher Weise vor= handen. Der Stonto des Refurrenten bewirkt nicht, wie derjenige bes Ginzelfaufmanns, eine Berminderung der Einnahmen, sondern ist eine Verteilung eines Teils des Wirtschaftsergebnisses der Genoffenschaft, welche Verteilung nunmehr, offenbar mit Rudficht auf die Stabilität ber Sahreserträgniffe, ben Mitgliedern von vornherein zugesichert werden konnte. Es liegt also boch wieder nur eine — allerdings zum voraus festgesette — Verteilung bes Geschäftsergebnisses an die Mitglieder vor, ein Versprechen, daß ein Teil des lettern von vornherein in dieser Weise verwendet werden foll, und an der wirtschaftlichen Bedeutung des Stontos des Refurrenten, auf die es hier wesentlich ankommt, wird durch jenes Versprechen baber nichts Wefentliches geandert. Unter biefen Umftänden muß der vorliegende Refurs schon beshalb abgewiesen werden, weil er sich lediglich als eine Wiederholung des frühern, im Sinn der Abweisung erledigten, darstellt. (S. auch Amtl. Samml. ber bundesgerichtlichen Entscheidungen, Bb. XXV, 1. Teil, ©. 492 f.); —

erkannt:

Der Rekurs wird abgewiesen.